Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,000.
Abonnementspreis viertelj. 4½ **Mk.**
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 293. **Dienstag** den 20. October 1885. **79. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Grundstückslisten betr.

Für die Zwecke der bevorstehenden Volkszählung, sowie der in jedem Jahre stattfindenden Zählung der leerstehenden Wohnungen und Gewerbsräume werden von unserem Statistischen Amte **Grundstückslisten** ausgegeben und wieder eingesammelt.

Wir fordern die Grundstücksbesitzer und deren Stellvertreter auf, diese Listen sorgfältig nach dem Stande vom **20. October** d. J. gemäß der auf den Listen befindlichen Anleitung auszufüllen und vom 21. October an zur Wiederabholung bereit zu halten.

Leipzig, den 13. October 1885.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Dr. Hasse.

Bekanntmachung.

Die unterm 12. August cr. erlassene Bekanntmachung, die Anstellung von Krankencontroleuren betreffend, hat sich durch Besetzung dieser Stellen erledigt.

Die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber wollen die etwa eingereichten Originalzeugnisse bei dem Krankenversicherungsamte, Weststraße 30, abholen.

Leipzig, den 15. October 1885.

Krankenversicherungsamt der Stadt Leipzig.
Winter.
Der Verband der Ortskrankencassen.
Albert Brockhaus, provis. Vorsitzender. U.

Generalversammlung

**der Ortskrankencasse XIII (Barbiere, Friseure und Bader) zu Leipzig und Umgegend
Mittwoch, den 28. October 1885, Abends 8 Uhr,**
Hempel's Restaurant, Poststraße.

Tagesordnung:

1) **Berathung über Abänderung des Cassenstatutes vom 12. November 1884, und zwar der §§. 1 bis mit 4, 6 bis mit 18, 20 bis mit 25, 27, 28, 30 bis mit 32, 38 bis mit 39, 41, 43 bis mit 46, 52, 54 und 55, 60 bis mit 63 und 66.**
2) Neuwahl **eines Vorstandsmitgliedes.**

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 15. October 1885.

Der Vorsitzende:
Fr. Lange.

Logisvermiethung.

In dem **Universitäts-Grundstücke** Hainstraße Nr. 11 hier ist die **dritte Etage**, bestehend aus **Vorsaal, 7 Zimmern, 6 Kammern** und **Kämmerchen, 1 Alkoven, Küche** und **3 Holzbehältnissen** nebst **Bodenkammer** und **Keller,**
vom **1. April 1886** an,
sowie im Seitengebäude desselben Grundstücks links, **3. Etage** ein **Logis, 6 Stuben, 3 Kammern, Küche, Speisekammer, Keller** und **Bodenraum** enthaltend,
vom **1. Januar 1886** an
anderweit zu vermiethen.

Reflectanten wollen sich bei dem unterzeichneten Rentamte melden.

Leipzig, am 19. October 1885.

Universitäts-Rentamt.
Gebhardt.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden allhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) eine vernagelte **Holzkiste**, darin ein braunes **Ripskleid** mit Plüschtaille und braunem Sammetaufputz und eine schwarze **Kaschmirtaille**, von einem Wagen auf der Fahrt vom Neumarkte nach dem Ranstädter Steinwege, am 10. dss. Mts.;

2) ein 3rädriger **Puppensitzwagen** mit Verdeck und Schoßleder, blaugrün lackirt und theilweise bronzirt, von einem Verkaufsstande auf dem Augustusplatze, am 10. dss. Mts., Nachmittags;

3) **5 Paar** braune **Unterhosen** von einem Verkaufsstande auf dem Augustusplatze in der Promenade, am 11. dss. Mts., Abends;

4) ein braunledernes **Portemonnaie** mit weißem Blättchen von Speckstein mit der Aufschrift „Königswart“, enthaltend **40 Mark** in 2 Doppelkronen, aus einer Zelle des Dianabades am 11. dss. Mts., Nachmittags;

5) ein schwarzledernes **Geldtäschchen** mit weißem Schloß, enthaltend **15 Mark** in einem 10-Frankstück, einzelnen Mark- und 50-Pfennigstücken und Nickelmünze, **2** goldene **Damenringe** mit je einem blauen Steine, einen **Granat-Ohrring** und eine Blechmarke mit dem Namen „Lange“, aus einer Wohnung in Nr. 8 der Wintergartenstraße, am 13. dss. Mts. Nachmittags;

6) ein **Kaisermantel** (für 8jährigen Knaben), von dickem, braunem Stoff, ungefüttert, mit 2 Reihen Hornknöpfen und hinten mit Riegel, von einem Verkaufsstande auf dem Augustusplatze am 14. dss. Mts. Nachmittags;

7) zwei bronzirte **Pianino-Leuchterarme**, aus dem Schiffe eines Möbelwagens in Nr. 34 der Tauchaer Straße, am 9. dss. Mts.;

8) ein fast neues **Herren-Jaquet** von dunkelblau- und grauscarrirtem Stoffe mit schwarzem Atlasfutter, einer Reihe schwarzer Steinnußknöpfe und einem Henkel mit dem Namen „Bruno Lemmrich, Gera“, aus einer Wohnung in Nr. 10 der Johannesgasse, am 12. dss. Mts., Vormittags;

9) ein schwarzledernes **Geldtäschchen** mit ca. **37 Mark** in einer Krone, Thalern, Zwei- und Einmarkstücken und kleinerem Gelde, sowie einem neuen **Talmiring** mit gelblichem Steine, vermuthlich mittelst Taschendiebstahls auf dem Roßplatze, am 17. dss. Mts.;

10) zwei **Metall-Thürgriffe**, Pferdeköpfe darstellend, von der Hausthür des Grundstücks Nr. 21 der Blücherstraße, am 17. dss. Mts. Abends;

11) eine goldene kurze **Panzerkette** mit Carabinerhaken, aus einer Wohnung in Nr. 36 der Ritterstraße, vom 13. bis 18. dss. Mts.;

12) ein **Winterüberzieher** von braunem gerieftem Stoff mit dunkelblauem Sammetkragen, schwarzem Futter, 2 Reihen übersponnener Knöpfe und Billettäschchen, aus dem Tanzsaale in Nr. 32 der Zeitzer Straße, am 18. dss. Mts.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 18. October 1885.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. K.

Nichtamtlicher Theil.

Der Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeit.

Ueberall in Deutschland rüstet man sich zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit. Als Einleitung dazu dienen die Wahlen in Sachsen, Baden und Preußen, von denen die badischen besonders ein für die liberale Sache sehr günstiges Ergebniß geliefert haben, während die Anhänger derselben in allen Theilen des Königreichs Preußen große Rührigkeit entfalten und mit den freudigsten Erwartungen in die Wahlbewegung eingegriffen haben. Dasselbe läßt sich kaum von einer anderen Partei behaupten, besonders zeigen die Deutschfreisinnigen ungewöhnliche Verdrossenheit, mit welcher der geringe Erfolg des neuen Richter'schen Organs, der „Freisinnigen Zeitung“, in Zusammenhang zu stehen scheint. Aber auch im Centrum scheint die Kampflust in der Abnahme begriffen zu sein. Man vermißt in dieser Partei das Stichwort aus Rom und fühlt sich der Vermittlerrolle gegenüber, welche der Papst in der deutsch-spanischen Frage übernommen hat, in einer unbehaglichen Stimmung, weil man nicht recht weiß, ob man das Ereigniß in einem der Partei günstigen oder ungünstigen Sinne deuten soll. Das große Wort von der Weltherrschaft des Papstes, welches der unermüdliche Führer des Centrums jüngst in Münster gesprochen hat, erfährt dadurch eine Bestätigung in ganz anderem Sinne, als Windthorst sein Schlagwort gemeint hat. Er wollte die Uebermacht der katholischen Kirche über die evangelische damit ausdrücken, und nun zeigt das Einvernehmen zwischen dem protestantischen Deutschland und dem Oberhaupt der katholischen Kirche, daß wir dem friedlichen Nebeneinanderwirken beider Kirchen weit näher sind, als die Herren vom Centrum für möglich gehalten hätten. In politischer Beziehung hat die Partei überhaupt seit Jahresfrist bedeutende Einbuße erlitten, denn die Ausschließung des Herzogs von Cumberland von der Thronfolge in Braunschweig ist zugleich eine schwere Niederlage für das Centrum, welches die Sache des Herzogs zu der seinigen gemacht hatte. Der Anspruch, in die Reihe der deutschen Fürsten einzutreten, ohne auf den Thron von Hannover Verzicht zu leisten, mit der Behauptung, daß ein solches Verhältniß sehr wohl mit der Reichsverfassung vereinbar sei, enthielt eine so starke Zumuthung an alle Angehörigen des deutschen Reiches, daß auch die Katholiken darunter an der Unvereinbarkeit beider Ansprüche keinen Zweifel hegen können. Damit läßt sich also auf die Wähler des Centrums kein Eindruck machen, im Gegentheil ist dadurch den feindlichen Parteien eine wirksame Waffe geliefert.

Das Nationalbewußtsein des deutschen Volkes ist durch die politischen Ereignisse, welche seit der Unterbrechung der parlamentarischen Thätigkeit eingetreten sind, noch um ein Bedeutendes gehoben worden. Ueberall, wohin wir unsere Blicke richten, sehen wir den Einfluß Deutschlands thätig und bestimmend. Daß die ostrumelische Verwickelung bisher in friedlichen Bahnen geblieben ist, hat Europa in erster Linie der festen und klugen Politik Deutschlands zu verdanken, nur dadurch konnten die Wünsche der kleinen Balkanstaaten und vielleicht auch großer Staaten in Schranken gehalten werden. Der spanische Streitfall trug gleichfalls die Keime der gefährlichsten Veränderungen in Europa in sich, und ohne die von dem Bewußtsein der Ueberlegenheit getragene Besonnenheit Deutschlands konnte aus dem in Madrid erzeugten Funken leicht ein großer Brand entstehen, der die größere Hälfte Europas zu ergreifen angelegt war. Auch in dieser Frage hat die vorzügliche Leitung unserer auswärtigen Politik Mittel und Wege gefunden, die vorhandene Aufregung zu beruhigen und Alles zum Besten zu kehren. Auch in Ostafrika zogen sich dunkle Wolken am Horizont zusammen, der Sultan von Zanzibar glaubte der Macht Deutschlands eigensinnigen Widerstand in der Hoffnung auf die Hilfe Englands entgegensetzen zu können, aber das Erscheinen eines deutschen Geschwaders auf der Rhede von Zanzibar verschaffte ihm Klarheit über seine Ohnmacht und veranlaßte ihn zur Nachgiebigkeit. Heute hat die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft alle die Zwecke erreicht, welche sie vorläufig an der Ostküste Afrikas anstrebte; nicht nur das Land, dessen sie für Entfaltung ihrer Thätigkeit bedarf, ist in ihren Händen, sondern auch der wichtige Hafen Dar-es-Salam. Die Gegner der Colonialpolitik des Reichskanzlers entbehren also jeglicher Handhabe, um die Berechtigung ihrer Einwände gegen die Erwerbung von Colonien darzuthun. Schon als der Streit in der Presse über die Beschaffenheit des Klimas in Centralafrika geführt wurde, war die Neigung auf deutschfreisinniger und ultramontaner Seite erkennbar, die für die Schädlichkeit dieses Klimas zeugenden Stimmen im Parteiinteresse zu verwerthen; als nun aber gar der Karolinenstreit auftauchte, da war im Schoße der deutschfreisinnigen Partei nicht der letzte Zweifel mehr übrig, daß diese Angelegenheit zum Triumphe der Deutschfreisinnigen ausschlagen würde. Alle diese schönen Hoffnungen sind jetzt zu Wasser geworden, und Deutschlands Colonialpolitik hat nur Erfolge aufzuweisen, von der Berliner Conferenz angefangen bis zur Karolinenfrage.

Die auswärtigen Erfolge Deutschlands wirken naturgemäß stärkend auf diejenigen Parteien zurück, welche an diesen Erfolgen niemals gezweifelt haben im Gegensatz zu den Parteien, welche dem Reichskanzler Steine in den Weg wälzten, um ihn an der vollen Entfaltung seiner weltbewegenden Thätigkeit zu hindern. Wir versagen es uns, ein Bild der deutschen Colonialpolitik zu entrollen, wie es sich unter französischer Leitung gestaltet hätte, obwohl die Versuchung dazu nahe genug liegt.

Aber es fehlt auch nicht an derjenigen Thätigkeit bei uns, welche zur Verbesserung der inneren Verhältnisse nothwendig ist. Die Untersuchung über die Sonntagsruhe, über die Herstellung neuer Wasserstraßen, über die Verbesserung der Rechtspflege aus Anlaß der beim Proceß Graef gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Regierungen des Reiches und des größten deutschen Bundesstaates unablässig bemüht sind, den Ansprüchen, welche an sie gestellt werden müssen, gerecht zu werden. Von Unzufriedenheit über Willkür und Druck ist nichts zu verspüren, im Gegentheil wird bereits die Frage erwogen, wie die Härten des Socialistengesetzes gemildert werden können. Die Andeutungen, welche der Professor Gneist darüber in einer Wahlrede gemacht hat, dürfen als ein Zeichen betrachtet werden, daß man in Regierungskreisen der Frage bereits näher getreten ist, obwohl wir uns damit unbedingt nicht einverstanden erklären können. Das erste Zeichen, daß eine derartige Absicht vorhanden ist, war die Rede des Augsburger Bürgermeisters v. Fischer in der letzten Reichstagssession.

Als Termin für den Zusammentritt des Reichstags ist bereits der 20. November bestimmt, bis dahin müssen die Vorarbeiten erledigt sein. Als Hauptaufgaben erscheinen die weitere Ausbildung der socialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere des Unfallversicherungsgesetzes, die Abänderungen der Justizgesetzgebung, Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen, Verminderung der Gerichtskosten, Gesetz über die Sonntagsruhe u. s. w. Diese Aufgaben treten, abgesehen von der Lage der auswärtigen Verhältnisse, an den Reichstag heran, aber es ist vorauszusehen, daß ihm auch Mittheilungen über diese zugehen werden. Die Bahn ist durch die Ausgabe von Weißbüchern während der letzten Session des Reichstags gebrochen. Es hat sich seitdem ein so bedeutendes Material zu weiteren Weißbüchern angehäuft, daß der Veröffentlichung derselben mit Spannung entgegengesehen werden darf. Die bevorstehende Session des Reichstags und des preußischen Landtags versprechen sehr wichtig und erfolgreich zu werden, um so mehr, als die Opposition die Nutzlosigkeit ihres Widerstandes gegen die Regierungspolitik je länger je mehr einsehen lernt. *

* Leipzig, 20. October 1885.

* Zur Lage wird der „Politischen Correspondenz“, wie sie schreibt „in bemerkenswerther Weise“ aus Berlin, 15. October gemeldet:

Die Bemühungen der Mächte, den Ausbruch von Feindseligkeiten auf der Balkanhalbinsel zu verhindern, werden in Athen sowohl als in Belgrad fortgesetzt und man will hier an maßgebender Stelle die Hoffnung auf einen Erfolg derselben nicht fahren lassen. Es ist beiden Staaten bedeutet worden, daß sie die volle Verantwortung allein zu tragen haben werden, wenn sie gegen den Willen Europas sich in Abenteuer stürzen, welche die Zerstörung des Berliner Vertrages bezwecken oder zur Folge haben könnten. Mit diesen diplomatischen Bemühungen parallel laufen Verhandlungen der Mächte über eine praktische Lösung der ostrumelischen Frage, welche auf der einen Seite den Wünschen der ostrumelischen Bevölkerung eine gewisse Berücksichtigung zu Theil werden, andererseits aber den Berliner Vertrag intact ließe und so jeden Vorwand zur Erhebung von Compensations-Ansprüchen zerstören würde. Rußland hat bisher am lebhaftesten eine Wiederherstellung des status quo ante befürwortet und die anderen Mächte haben sich in Anbetung der großen Opfer, welche Rußland für die Balkanstaaten gebracht hat, diesen seinen Wünschen willfährig gezeigt. Mit der puren Herstellung des status quo ante würde aber die Frage nicht entsprechend gelöst sein, da die Tendenz der vollen Wiederherstellung des früheren Zustandes auf den Widerstand der Bulgaren stoßen würde, der dann seinerseits wieder Conflicte mit der Türkei zur Folge hätte, die sich dann die anderen Balkanstaaten zu Nutze machen würden. Die Erwägungen bezüglich der besten Art einer friedlichen Lösung neigen dahin, den Berliner Vertrag formell aufrecht zu erhalten. Sein Wortlaut schließe aber nicht aus, daß der Fürst von Bulgarien vorläufig für fünf Jahre zum Gouverneur von Ostrumelien ernannt werden kann. Der Sultan soll diesem Vorschlage gegenüber sich entgegenkommend verhalten. Deutschland hat an dieser oder jener Art der Lösung keinerlei unmittelbares Interesse; es sucht nur möglichen Conflicten vorzubeugen und befürwortet die Wege, welche die friedliche Entwickelung zu verbürgen scheinen. In der ostrumelischen Frage kann eine Einigung der drei Kaisermächte in diesem Augenblicke als gesichert angesehen werden. Abermals werden von allen Seiten die Dienste des Fürsten Bismarck als ehrlichen Maklers in Anspruch genommen, der seinerseits keine Veranlassung hat, sich denselben zu entziehen.

* Nach einer der „Politischen Correspondenz“ aus Berlin zugehenden Meldung bestreitet die letzte deutsche an Spanien gerichtete Note von Neuem die spanische Souverainetät über die Karolinen-Inseln, geht auf die Frage der Besitzergreifung der Insel Yap wegen Mangels authentischer Aufklärungen über die dortigen Vorgänge nicht näher ein und stellt, in der Voraussicht, daß Spanien sich zu den Anschauungen Deutschlands über die bisherige Herrenlosigkeit der Inselgruppe nicht bekehren dürfte, dem spanischen Cabinet anheim, nunmehr die Vermittelung des Papstes in Anspruch zu nehmen.

* Die Absicht der preußischen Regierung, unter Mitwirkung der Provinzen Gewerbekammern, welche eine organisirte Gesammtvertretung der im Erwerbsleben thätigen Bevölkerung bestimmter Landestheile darstellen, ins Leben zu rufen, ist noch nicht vollständig verwirklicht. Eine Minderheit der Provinzen, bezw. der diesen gleichstehenden communalen Körperschaften hat sich den ihr in dieser Hinsicht gemachten Vorschlägen gegenüber ablehnend verhalten; insbesondere trifft dies für die Provinzen Rheinland, Posen und Schleswig-Holstein zu. Für einige andere Provinzen, Schlesien und Sachsen, steht die Beschlußfassung noch aus, doch ist, nachdem die Provinzialausschüsse sich zustimmend entschieden haben, die Annahme der Regierungsvorschläge zu erhoffen. In denjenigen Landestheilen, bezüglich deren ablehnende Beschlüsse der Provinziallandtage vorliegen, werden Gewerbe, Landwirthschaft und Handel zwar einer entsprechenden Vertretung nicht ganz entbehren, wohl aber sich mit einer geringwerthigeren Organisation begnügen müssen. Es wird nämlich nichts übrig bleiben, als für diese Landestheile an Stelle der geschlossenen und festen Organisation der Gewerbekammern die losere Einrichtung gewerblicher Conferenzen am Sitze der höheren Verwaltungsbehörde treten zu lassen. Diese Conferenzen stehen zu den Gewerbekammern etwa in dem Verhältniß, wie die technischen Conferenzen bei den Eisenbahndirectionen zu den an ihrer Stelle eingeführten Bezirkseisenbahnräthen. Abgesehen von der besseren Organisation und der demzufolge größeren Autorität der Gewerbekammern, trifft diejenigen Provinzen, welche gegen die Einrichtung von solchen sich ausgesprochen haben, noch der Nachtheil, daß ihre Vertretungen des ihnen andernfalls auf die Zusammensetzung der gewerblichen Vertretung eingeräumten entscheidenden Einflusses verlustig gehen. Man wird daher die Hoffnung hegen dürfen, daß die vereinigten Interessen der erwerbsmäßig thätigen Berufe, wie das Interesse der Provinzialorgane, auf das wichtige Institut der Berathung der Staatsbehörden in wirthschaftlichen Fragen einzuwirken, dazu führen werde, auch die bisher ablehnenden Provinzen in der Folge zur Zustimmung zu bewegen.

* In diesen Tagen weilte der Prinz Ferdinand von Hohenzollern, zweiter Sohn des Fürsten Leopold, in Berlin und in Potsdam, um für seinen am 1. November erfolgenden Eintritt in das 1. Garderegiment z. F., bei dem er bereits à la suite geführt wird, Vorbereitungen zu treffen. Der Prinz ist dazu ausersehen, seinem Oheim, dem Könige Karl von Rumänien, dereinst auf den rumänischen Thron zu folgen. Prinz Ferdinand hat sich im Laufe dieses Jahres wieder einige Monate am rumänischen Hofe aufgehalten, um daselbst die Verhältnisse und namentlich auch die rumänische Sprache näher kennen zu lernen. Zunächst gedenkt er vor seinem Eintritte in das 1. Garderegiment noch kurze Zeit in Sigmaringen zu verweilen.

* Der designirte Polizeipräsident von Berlin, Bernhard Ludwig Eduard v. Richthofen, bisher Landrath des Kreises Stolpe in Pommern, dürfte zunächst die Stelle commissarisch verwalten. Derselbe ist am 8. Juni 1836 geboren, befindet sich also im 50sten Jahre. In der weit verzweigten Richthofen'schen Familie ist der Landrath von Richthofen aus dem jüngeren Hauptstamme und zwar dem Gäbersdorfer Zweig (evangelisch) entsprossen. Der Herr von Richthofen hat noch drei Brüder, die sämmtlich in der Armee dienen; Bernhard von Richthofen's Vater ist bereits vor 22 Jahren, nämlich am 12. Juli 1863 gestorben; derselbe war Ehrenritter des Johanniter-Ordens und mit Amalie von Schmettau aus dem Hause Schilkwitz in Schlesien vermählt. Herr von Richthofen ist noch unverheirathet; den Kreis Stolpe verwaltet er seit Anfang der siebenziger Jahre und soll er sich den Ruf eines energischen Beamten erworben haben. Eine große Arbeitskraft und Arbeitslust wird ihm nachgerühmt. Bernhard von Richthofen ist von hoher kräftiger Gestalt mit blonder Physiognomie. Augenblicklich weilt der neue Chef der Berliner Polizei in Baden-Baden, um sich dem Kaiser vorzustellen. Herr von Richthofen als Landrath des Kreises Stolpe ist als solcher Nachbar des Fürsten Bismarck gewesen, der im Stolper Kreise bekanntlich begütert ist.

* Man schreibt uns aus Baden, 17. October: „Am 14. hat in Hannover unter dem Vorsitz des Oberlehrers Ehrenholtz eine nationalliberale Wählerversammlung stattgefunden, welche folgendes Telegramm an den badischen Parlamentarier, Landgerichtspräsidenten Kiefer in Konstanz (derselbe ist auch jetzt wiederum in Karlsruhe zum Landtagsabgeordneten proclamirt), sandte: „Achthundert zur Vorbereitung der preußischen Landtagswahlen versammelte Nationalliberale Hannovers senden freudigen Glückwunsch zum glänzenden Wahlsieg der badischen Parteifreunde und bestärken sich dadurch in der zuversichtlichen Hoffnung des gleichen Erfolges.“ — Hierauf erfolgte nachstehende Antwort an Herrn Ehrenholtz in Hannover: „Konstanz, 15. October. Mit herzlicher Freude empfangen die liberalen Badener den Gruß hannoverscher Freunde. Möge auch Ihr tapferer Kampf für Reich und bürgerliche Freiheit von siegreichem Erfolge begleitet sein. Kiefer.“ — Der Badische Frauenverein hatte der Kaiserin zu ihrem letzten Geburtstage eine Beglückwünschungs-Adresse gesandt und erhielt darauf von der hohen Frau nachstehendes Telegramm: „Ich fühle mich tief bewegt durch den Ausdruck der anhänglichen Gesinnung, die mir aus den Kreisen des Badischen Frauenvereins dargebracht wird, denn sie entspricht nicht nur der Fürsorge meiner geliebten Tochter, sondern auch dem hohen Ansehen, das sich die Musteranstalten des badischen Landes in ganz Deutschland erworben haben und dem stets meine volle Theilnahme gewidmet bleibt.
Kaiserin Königin.“

* * *

* Ueber die Audienz des Bischofs Sogaro bei dem Kaiser Franz Joseph wird gemeldet, daß Se. Majestät dem Bischofe eine überaus gnädige Aufnahme bereitet hat. Se. Majestät geruhte sich auch theilnahmsvoll nach Pater Bonomi zu erkundigen, worauf der Bischof mit der Bemerkung, daß Pater Bonomi anwesend sei, sich von Sr. Majestät die Erlaubniß erbat und erhielt, letzteren vorstellen zu dürfen. Bischof Sogaro verläßt Wien nach der huldvollen Aufnahme, die ihm durch den Kaiser zu Theil geworden, mit neu belebten Hoffnungen und mit dem Entschluße, Alles aufzubieten, daß das schwierige Werk der Befreiung der noch gefangenen Priester, Brüder und Schwestern gelinge. — Wie weiter mitgetheilt wird, eröffnen die letzten Berichte an Bischof Sogaro gegründete Aussicht, daß die Befreiung der in Omdurman befindlichen Gefangenen des Nachfolgers des Mahdi, Khalifa Abd'Ullahi, sich wird bewerkstelligen lassen, da derselbe Neigung an den Tag legt, sie sowohl als Slatin Bey und Lupton Bey gegen ein erhebliches Loskaufgeld in Freiheit zu setzen. Dagegen lauten die Berichte in Betreff der Chancen zur Rettung der Gefangenen in El Obeid, wo ein anderer fanatischer Chef gebietet, bisher ziemlich hoffnungslos.

* Wie aus Rom gemeldet wird, hat der Minister des Aeußern, Graf Robilant, am Sonnabend an die italienischen Vertreter im Auslande ein Circular und ein zweites an die Chefs der fremden Missionen in Rom versendet, in welchem er dieselben von seinem Amtsantritte verständigt. — Wie des Weiteren aus der italienischen Hauptstadt gemeldet wird, trifft der neuernannte Obercommandant der italienischen Truppen in Massauah demnächst in Rom ein, um mit dem Grafen Robilant zu conferiren, und wird am 25. d. M. auf seinen Posten abgehen. — Die italienische Escadre ist vor der Insel Maddalena eingetroffen, woselbst sie die großen Manöver abhalten wird.

* Von „beachtenswerther Seite“ schreibt man der „Politischen Correspondenz“ aus St. Petersburg, 13. October:

Die Folgen der Revolution in Philippopel und des unüberlegten Anschlusses des Fürsten Alexander an dieselbe treten mit jedem Tage klarer hervor. Wachgerufen durch das in Philippopel gegebene Beispiel macht sich fieberhafte Begehrlichkeit überall auf der Balkanhalbinsel bemerkbar. Es ist ein Act der Nemesis, daß sie sich zum Theil direct gegen die Urheber des Staatsstreiches in Philippopel zu wenden droht. Täuschen nicht alle Anzeichen, so stehen wir am Vorabende eines serbisch-bulgarischen Bruderkrieges, unternommen in einem Augenblicke, wo alle Kräfte Bulgariens durch das tollkühne Abenteuer vom 18. September in anderer Richtung festgebannt sind. Das russische Cabinet ist gewiß weit entfernt, über die Bedrängniß und rasch hereinbrechende Strafe des bulgarischen Volkes trotz aller von diesem geübten Undankbarkeit kleinliche Schadenfreude zu empfinden, allein es hat sein Gutes, daß den kleinen Leuten und Geistern auf der Balkanhalbinsel in handgreiflicher Weise vor Augen geführt wird, wohin sie kommen, wenn sie sich dem wohlerwogenen Einflusse der Großmächte zu entziehen und in die Entschließungen der letzteren durch Acte revolutionärer Selbsthilfe einzugreifen versuchen. Es ist namentlich gut, daß die Begebenheiten diese Moral so rasch zur Geltung bringen. Dieses Gefühl schließt aber keineswegs aus, daß Rußland die Opfer an Gut und Blut, die es für die Befreiung Bulgariens gebracht hat, in keinem Augenblicke vergessen wird.

Bei allem Wohlwollen für das bulgarische Volk und für das Ziel, welches dasselbe in einem Augenblicke der Verirrung im Wege der Selbsthilfe erreichen zu können glaubte, mußte sich das russische Cabinet auf den Standpunct der Annullirung des revolutionairen Neugebildes in Philippopel hauptsächlich aus zwei Gründen stellen: Zur Aufrechterhaltung des Princips, daß nur die Großmächte das Recht und die Macht haben, die Probleme im Oriente zu lösen und zur Fernhaltung jener Aspirationen, die das in Philippopel Geschehene zum Vorwande und zum Ausgangspuncte nehmend, unberechenbare Complicationen heraufzubeschwören drohten. Von diesen zwei Gesichtspuncten aus hat sich das St. Petersburger Cabinet ohne Schwanken und Zaudern auf den Standpunct der Erhaltung des Berliner Vertrages gestellt und darf es sich zum Erfolge anrechnen, daß es diesem Standpuncte bei den übrigen Cabineten mehr oder weniger allgemeine Geltung verschafft hat. Der Zustand, welchen die Mächte in Philippopel

SLUB
Wir führen Wissen.